Der Landrat

Beratungsergebnis

der 16. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 19.09.2022

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

10. Stellenmehrbedarf und -reduzierung in der Abteilung Straßenverkehr - DS-Nr.: 5803 -

Die GRÜNE-Fraktion trug vor, dass die Verwaltung in einer Pressemitteilung zur Verkehrsüberwachung dargestellt habe, dass es einen deutlichen Anstieg der Verkehrsunfallzahlen gebe und dringende Handlungsbedarfe gesehen würden. Sie könne daher nicht nachvollziehen, warum man mit der Stellenbesetzung in diesem Bereich bis zur Haushaltverabschiedung 2023 warten wolle, zumal dies für den Haushalt nicht einmal Mehrkosten, sondern sogar Zugewinn bedeuten würde. Vor dem Hintergrund der Verkehrssicherheit sollte bereits jetzt gehandelt werden; die Handlungsbedarfe seien in der Vorlage überzeugend dargestellt worden.

Der Landrat äußerte, dass er es begrüße, wenn bereits heute darüber politisch beraten und befunden werden könne. Gerade die Unfälle mit überhöhter Geschwindigkeit hätten oft fatale Folgen und ihm sei es ein dringendes Anliegen, diesbezüglich etwas zu tun.

Die CDU-Fraktion erklärte, das Anliegen der GRÜNE-Fraktion nachvollziehen zu können. Da sie darüber aber nicht fraktionsintern habe beraten können, wolle sie in dieser Sitzung von einer Beschlussfassung absehen. Die Angelegenheit könne aber gern bereits in der nächsten Sitzung beraten werden.

Die FDP-Fraktion sprach sich grundsätzlich dafür aus, Stellenmehrbedarfe im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu behandeln. Der dringende Handlungsbedarf bei den Stellen, die nunmehr im Vorgriff genehmigt werden sollen, sei für sie aber nachvollziehbar. Sie sehe erst einmal keinen signifikanten Anstieg bei den Unfallzahlen und frage sich, ob es nicht auch andere Maßnahmen gebe, um für Verkehrssicherheit und -überwachung zu sorgen. Aufgrund der Kurzfristigkeit wolle auch sie keinen Beschluss dazu fassen.

Die FWG-UWG-Fraktion schloss sich der Äußerung der FDP-Fraktion an und teilte mit, dass man sich in der Fraktion entschieden habe, mit Ausnahme der gebührenfinanzierten Stellen keinem der im Vorgriff auf den Haushalt 2023 zu fassenden Beschlüsse zuzustimmen. Des Weiteren meinte sie, dass man auf die Haushaltsplanberatungen verzichten könnte, wenn bereits vorher sämtliche Stellen beschlossen würden. Außerdem handele es sich um umlagefinanzierte Stellen, sodass die Städte und Gemeinden letztlich vor vollendete Tatsachen gestellt würden.

Die GRÜNE-Fraktion schlug vor, dass zur nächsten Sitzung des Kreisausschusses eine Beschlussvorlage zum Stellenmehrbedarf der Verkehrsüberwachung erstellt werde.

Ergebnis: Zur Kenntnis genommen